

April 2024

Wie geht es der deutschen Wirtschaft?

Wie ist die wirtschaftliche Lage?

Die deutsche Wirtschaft steckt fest. Letztes Jahr schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt um 0,3 Prozent. Ursächlich für die Konjunkturschwäche ist ein Mix aus sinkenden Reallöhnen, hohen Energiekosten, hohen Zinsen, Baukrise und einer Flaute der Weltwirtschaft. Aktuell verschärft Lindners Sparpolitik den Abwärtstrend. Die Ampel spart dem Abschwung hinterher.

Die Lohnentwicklung in Deutschland unterscheidet sich stark zwischen den einzelnen Branchen, gesamtwirtschaftlich betrachtet musste jedoch in den letzten Jahren der schwerste Reallohnverlust der führenden Industrieländer verkraftet werden. Zwischen 2021 und 2023 schrumpften die Reallöhne um insgesamt 5,7 Prozent. Dieser Kaufkraftverlust dämpfte den privaten Konsum und somit die Binnennachfrage.

Die europäische Zentralbank hat den Leitzins auf 4,5 Prozent angehoben. Die Währungswächter*innen haben jedoch zu schnell und zu stark an der Zinsschraube gedreht. Dadurch wurden die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen erheblich verschlechtert. Die Zinserhöhungen ließen die privaten Investitionen nach Berechnungen des IFO-Instituts sinken.

Die Zinswende hat auch die Baukrise verschärft. Die heimische Bauwirtschaft ist aufgrund ihrer Größe für die gesamte Wirtschaft und den Arbeitsmarkt von großer Bedeutung. Die Zahl der Baugenehmigungen sinkt weiter. Die Bauinvestitionen schrumpfen. 2024 werden voraussichtlich 265.000 Wohnungen gebaut. Das Ziel der Bundesregierung war ursprünglich 400.000.

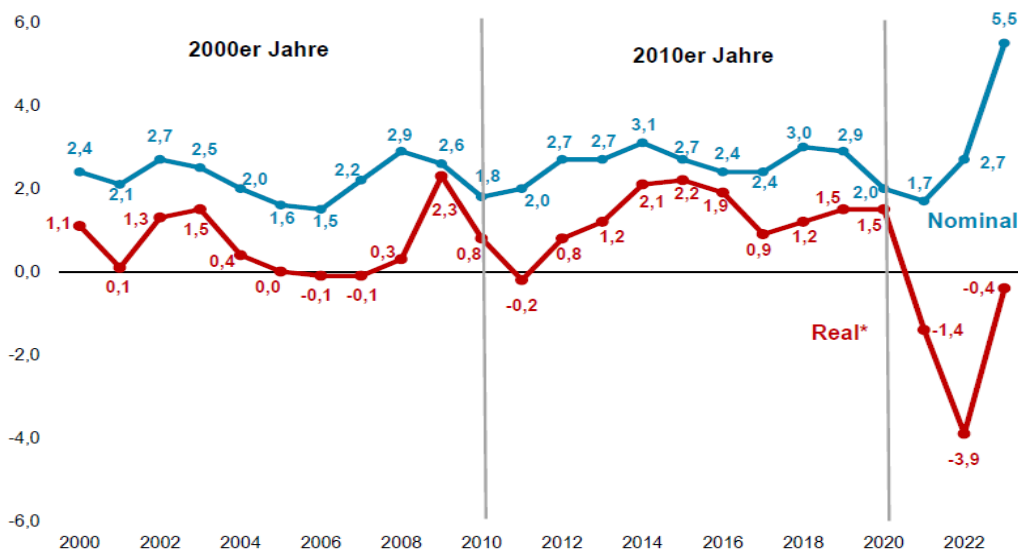
Die Weltwirtschaft und der Welthandel wachsen unterdurchschnittlich. Die steigenden Energiepreise, die hohe Inflation und sinkende Realeinkommen haben die Nachfrage gedrosselt. Stark exportorientierte Länder sind davon besonders stark betroffen – Deutschland durch den Wegfall der preisgünstigen russischen Pipeline-gases besonders stark.

Wie haben sich die Einkommen entwickelt?

Die Gewerkschaften versuchten in Inflationszeiten die Reallöhne zu sichern. Die Tariflöhne stiegen 2023 über alle Branchen hinweg um insgesamt 5,5 Prozent. Eine deutliche Steigerung gegenüber den Vorjahren (2022: +2,7%; 2021: + 1,7%). Bei einer Inflationsrate von 5,9 Prozent (2023) entspricht dieser Tariflohnanstieg einem Reallohnverlust von 0,4 Prozent. In den Vorjahren waren die Reallohnverluste höher.

Abhängig von der Branche ergibt sich jedoch ein sehr unterschiedliches Bild. Im öffentlichen Dienst und bei der Deutschen Post AG stiegen die Tariflöhne tabellenwirksam um 6,8 Prozent bzw. 6 Prozent. Inklusiv der Inflationsausgleichszahlung betrug das Lohnplus im öffentlichen Dienst 9,8 Prozent und bei der Deutschen Post AG 8,9 Prozent. Auch in weiteren Tarifbereichen, beispielsweise im Verkehrsgewerbe und bei Speditionen, konnten hohe Abschlüsse durchgesetzt werden. Folglich stiegen dort 2023 die Reallöhne. Viele ver.di-Tarifabschlüsse zeichneten sich zudem dadurch aus, dass die unteren Lohngruppen durch feste Mindestbeträge überproportional hohe Lohnzuwächse erzielen konnten.

Schaubild 1: Entwicklung der nominalen und realen Tariflöhne 2000 bis 2023



Quelle: Tarifpolitischer Jahresbericht 2023, WSI

Warum reden die Arbeitgeber den Standort kaputt?

Die Arbeitgeber nutzen die Konjunkturschwäche, um den Standort Deutschland schlecht zu reden. Sie behaupten, die deutsche Wirtschaft sei international nicht mehr wettbewerbsfähig. Investitionen in heimische Produktionsanlagen seien nicht mehr rentabel. Deswegen würden deutsche Unternehmen angeblich fluchtartig das Land verlassen.

Die Arbeitgeberverbände wollen politische Maßnahmen erzwingen, die ihre Rentabilität steigern. Ihr politischer Wunschkatolog umfasst u. a. niedrigere Strompreise, Entbürokratisierung, Unternehmenssteuersenkungen, längere Arbeitszeiten und geringere Sozialversicherungsbeiträge.

Konkret fordern BDI, BDA, DIHK und ZDH u. a. ein Belastungsmoratorium, eine dauerhafte Investitionsprämie, verbesserte Abschreibungsbedingungen, eine Senkung der Unternehmenssteuern auf max. 25 Prozent, eine obere Halteline für die Sozialversicherungsbeiträge, die Abschaffung der Rente mit 63 und eine Erhöhung des Renteneintrittsalters. Die geforderten Subventionen sollen durch Kürzungen im Sozialbudget gegenfinanziert werden.

Ist die deutsche Wirtschaft noch wettbewerbsfähig?

Ein zentraler Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist ihre Außenhandelsbilanz. Deutschland hat seit Jahrzehnten Exportüberschüsse. Letztes Jahr verdoppelte sich der Exportüberschuss auf 210 Mrd. Euro. Deutschland exportierte Waren im Wert von 1562 Mrd. Euro – überwiegend Autos, Maschinen, Chemie- und Pharmaprodukte.

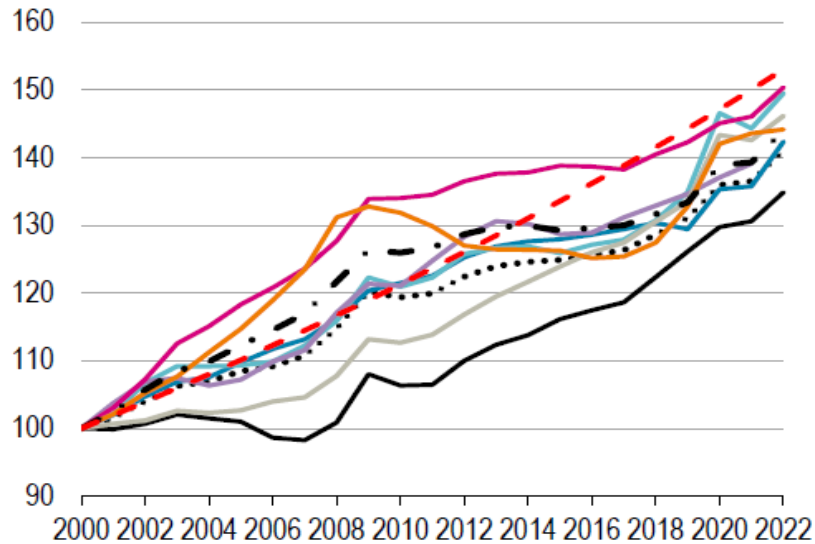
Ursächlich für den hohen Exportüberschuss waren sinkende Importpreise (Energiepreise). Die Importe schrumpften letztes Jahr preisbedingt um zehn Prozent, während die Exporte nur um zwei Prozent sanken. Eine Volkswirtschaft mit einem 210 Mrd. Euro schweren Exportüberschuss ist immer noch wettbewerbsfähig.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Die zukünftige Entwicklung zentraler Absatzmärkte der deutschen Industrie ist mit großen Unsicherheiten behaftet. China investiert massiv in Elektromobilität. Preisgünstige chinesische Elektroautos können die deutschen Autobauer sowohl auf dem chinesischen Markt als auch in Europa unter Druck setzen. Gleichzeitig fördert Washington mit einer aktiven Industriepolitik die grüne Transformation der US-Wirtschaft. Zudem profitiert die US-Wirtschaft von billigen Energiekosten. Dadurch werden US-amerikanische Unternehmen wettbewerbsfähiger.

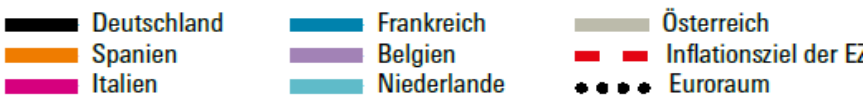
Ein wichtiger Maßstab für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft sind die so genannten Lohnstückkosten, das Verhältnis der Arbeitskosten zur gesamtwirtschaftlichen Produktivität. Die heimischen Lohnstückkosten sind in den letzten Jahren nur moderat gestiegen. Seit der Jahrtausendwende haben sich die deutschen Lohnstückkosten um durchschnittlich 1,4 Prozent pro Jahr erhöht. Dieses Wachstum liegt unter dem Zuwachs der Lohnstückkosten anderer großer Euroländer. Die langfristige deutsche Lohnstückkostenentwicklung lag zwischen 2000 und 2022 um insgesamt sechs Prozentpunkte unter dem Durchschnitt des Euroraums.

Schaubild 2: Entwicklung der Lohnstückkosten im Euroraum

a) Jahresbasis, 2000=100



* Für Belgien liegen keine Quartalswerte vor.



Quellen: Macrobond (Eurostat); Berechnungen des IMK (Datenstand 31.05.2023).

Fliehen deutsche Unternehmen ins Ausland?

Unternehmen investieren aktuell mehr im Ausland als zwischen Berlin und München. Der Netto-Abfluss an Kapital aus Deutschland hat seit 2019 zugenommen. Im Jahr 2022 belief sich dieser Nettoabfluss auf rund 132 Milliarden USD.

Die umfangreichen Auslandsinvestitionen sind aber keine Kapitalflucht. Eine exportorientierte und globalisierte Volkswirtschaft wie Deutschland tätigt immer hohe Auslandsinvestitionen. Deutsche Firmen übernehmen ausländische Konkurrenten, reinvestieren ihre Gewinne, um ausländische Märkte zu erschließen und vergeben Kredite an ausländische Töchter.

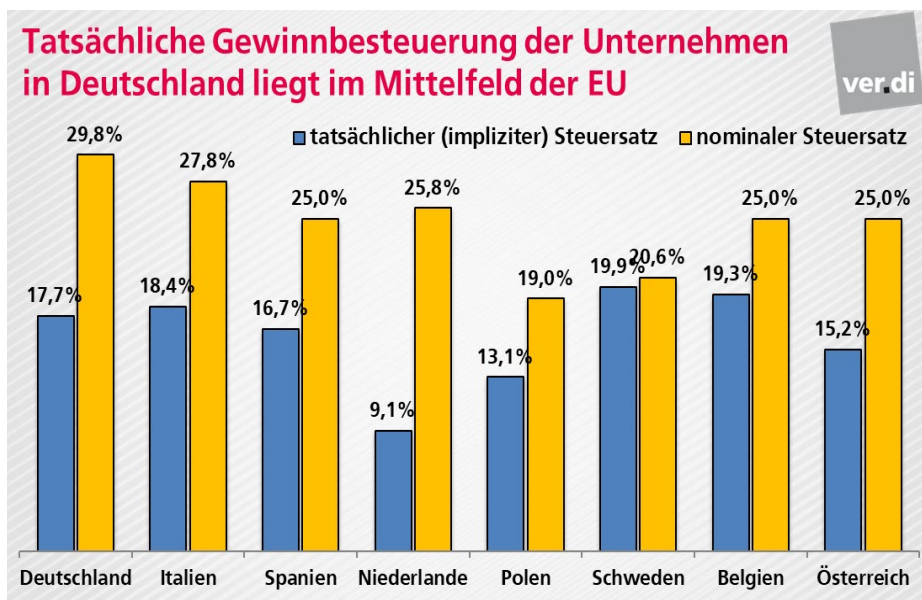
In Zeiten großer geopolitischer Konflikte errichten deutsche Unternehmen in wichtigen ausländischen Märkten – USA, China – eigene Produktionsstätten. So können sie sich besser gegen die negativen Folgen von Handelskriegen absichern. Wenn sie ihre Waren vor Ort produzieren, sind sie immun gegen hohe Zölle und andere Handelshemmnisse. Eine weitere Ursache für höhere Auslandsinvestitionen heimischer Unternehmen ist das Next-Generation-Programm der EU. Die süd- und osteuropäischen EU-Staaten können seit Mitte 2021 Investitionen mit hohen Zuschüssen und Krediten fördern. Das EU-Programm umfasst mehr als 800 Milliarden Euro.

Zahlen deutsche Unternehmen zu hohe Steuern?

Deutschland ist kein Hochsteuerland für Unternehmen. Der nominale Unternehmenssteuersatz – Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer plus Soli – liegt zwar hierzulande bei 29,9 Prozent. Damit hat Deutschland auf den ersten Blick hohe Unternehmenssteuern.

Die Unternehmen zahlen aber am Ende nicht diesen Tarif. Zahlreiche Abschreibungs- und Absatzmöglichkeiten senken die tatsächliche Steuerlast der Firmen im Schnitt auf 17,7 Prozent. Damit befindet sich Deutschland im europäischen Mittelfeld. Sollte Deutschland jetzt die Unternehmenssteuern senken, könnte dies einen internationalen Steuersenkungswettbewerb auslösen, wie wir ihn zuletzt in den 2000er Jahren erlebten als die Schröder-Regierung die Firmensteuern senkte.

Schaubild 3: Unternehmenssteuern



ver.di INFO GRAFIK wipo.verdi.de | Quelle: EU-Kommission: Taxation Trends in the European Union (2022)

Die deutschen Unternehmen leiden nicht unter einem Mangel an Finanzmitteln. Die heimischen Unternehmen haben 2022 und 2023 Rekordgewinne gemacht. Die DAX-Konzerne sitzen auf 260 Mrd. Euro Cash. VW, Telekom, BASF & Co verwenden einen Teil dieses Geldes für Dividenden und Aktienrückkäufe. Die Dividenden der DAX40-Unternehmen sind auf Rekordniveau. Gleiches gilt für den Umfang der Aktienrückkaufprogramme. Der deutsche Mittelstand hat eine historisch hohe Eigenkapitalquote von 38 Prozent.

Die aktuelle Investitionszurückhaltung der Unternehmen liegt also nicht an fehlenden Finanzmitteln. Folglich wird mehr netto vom brutto die Investitionstätigkeit auch nicht ankurbeln. Die eigentlichen Ursachen für die Investitionsschwäche sind unzureichende Absatzerwartungen und eine fehlende Planungssicherheit.

Darüber hinaus gilt: Von Steuersenkungen profitieren nur Unternehmen, die auch Gewinne machen. Diese Unternehmen brauchen aber keine Steuergeschenke. Unternehmen hingegen, die vom Strukturwandel gebeutelt sind und keine Gewinne machen, haben von Steuersenkungen gar nichts. Die Unternehmen tragen rund 15 Prozent zum gesamten Steuereinkommen bei (ohne Einkommenssteuer). Die Gewerbesteuer ist eine zentrale Einnahmequelle der Kommunen. Zuletzt brachte die Gewerbesteuer über 70 Mrd. Euro in die Kassen der Städte und Gemeinden.

Warum fehlen in Deutschland Arbeits- und Fachkräfte?

Tagtäglich klagen die Unternehmensverbände über fehlende Arbeits- und Fachkräfte. Diesen Arbeits- und Fachkräftemangel haben die Unternehmen aber zumindest teilweise mitverursacht. Viele Unternehmen haben zu wenig ausgebildet, nur unzureichend qualifiziert, niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen geschaffen sowie kaum familien- und altersgerechte Arbeitsplätze angeboten. Der demografiebedingte Arbeitskräftemangel ist nicht vom Himmel gefallen. Die Personalabteilungen wissen seit über 15 Jahren, was auf sie zukommt. Unternehmen, die ihre Hausaufgaben gemacht haben, stehen heute besser da als Firmen, die die Alterung ihrer Belegschaften ignoriert haben.

Hierzulande existiert ein großes inländisches Arbeitskräftepotenzial, das nicht ausgeschöpft wird. In Deutschland gibt es laut Berufsbildungsbericht der Bundesregierung über 2,6 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren, die über keinen berufsqualifizierenden Abschluss verfügen. Eine Umwandlung von Minijobs in reguläre Vollzeit Arbeitsplätze könnte 700.000 zusätzliche Arbeitskräfte mobilisieren. Eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Beschäftigten könnte weitere 3,4 Mio. Jobs schaffen. Ein Abbau der Arbeitslosigkeit könnte zusätzliche 1,3 Mio. Arbeitsplätze mit sich bringen.

Unter dem Strich beläuft sich das gesamte inländische Arbeitskräftepotenzial nach Schätzungen des IAB auf 6,1 Mio. Personen. Wenn alle Menschen, die arbeiten oder mehr arbeiten wollen, ihre Arbeitswünsche erfüllen könnten, würde ein Teil der demografiebedingten Arbeitskräftelücke geschlossen. Darüber hinaus kann auch eine an Integration und Perspektive ausgerichtete Einwanderungspolitik dazu beitragen, den Arbeitskräftemangel in den Griff zu bekommen.

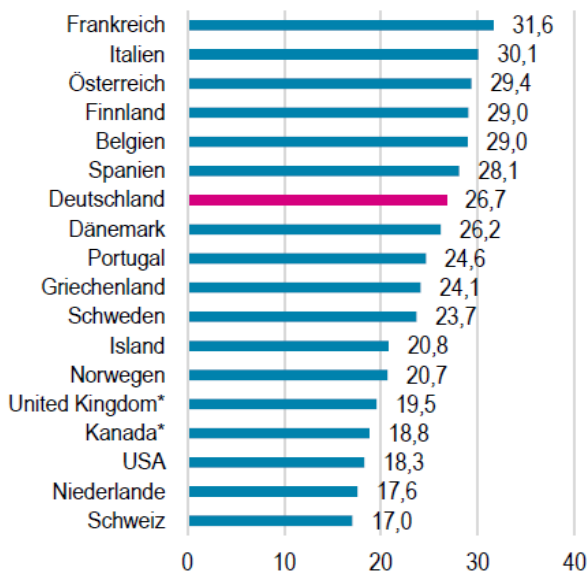
Schwächt der Sozialstaat die Unternehmen?

Der deutsche Sozialstaat ist kein Wettbewerbsnachteil. Ein funktionierender Sozialstaat sorgt für hoch qualifizierte Beschäftigte, gesunde Belegschaften, eine hohe Produktivität und sozialen Frieden. Der Sozialstaat ist eine Produktivkraft. Sozialausgaben steigern die Nachfrage, schaffen Beschäftigung und beleben Konjunktur und Wachstum.

Das Sozialbudget betrug 2022 fast 1200 Mrd. Euro. Aus Arbeitgebersicht dokumentiert diese große Zahl, dass der Sozialstaat überdimensioniert ist. Maßgebend ist aber nicht die absolute Höhe der Sozialausgaben, sondern das Verhältnis der Ausgaben zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Bruttoinlandsprodukt) eines Landes. Der Anteil der heimischen Sozialausgaben am BIP liegt bei fast 27 Prozent. Damit belegt Deutschland im internationalen Vergleich einen Mittelfeldplatz.

Das Wachstum der heimischen Sozialausgaben war ebenfalls moderat. In den letzten 20 Jahren sind die deutschen Sozialausgaben im Vergleich der Industrieländer nur sehr schwach gewachsen. Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt ist, abgesehen von akuten Krisenphasen, weitgehend auf gleichem Niveau geblieben. Dieses schwache Wachstum der Sozialausgaben schlägt sich nieder in der chronischen Unterfinanzierung zentraler Bereiche unseres Sozialstaats (Kitas, Pflege, Rente, etc.). Die Folge sind Pflegenotstand, Bildungsmisere, Personalmangel, belastende Arbeitsbedingungen und wachsende Altersarmut.

Schaubild 4: Anteil der Sozialausgaben am BIP

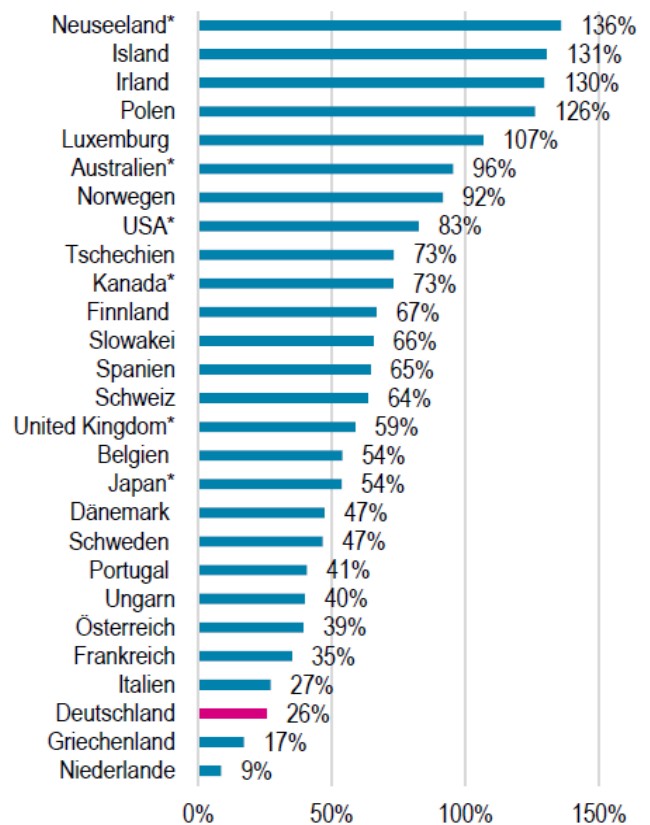


* Zahlen für öffentliche Ausgaben von 2019

Quelle: OECD

Hans Böckler
Stiftung

Schaubild 5: Wachstum der Sozialausgaben 2002 bis 2022 in %



* Zuwachs 2000 bis 2019

Quelle: OECD

Hans Böckler
Stiftung

Investiert Deutschland ausreichend in die Zukunft?

In Deutschland gibt es einen öffentlichen Investitionsstau. Allein in den Kommunen beläuft sich dieser inzwischen auf 166 Mrd. Euro. Die marode Infrastruktur bei Verkehr, Digitalisierung, Stromnetzen etc. gefährdet mittelfristig die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Hier ist die Kritik der Arbeitgeberverbände berechtigt. Die massiven Infrastrukturinvestitionen der USA und Chinas verschärfen diesen Wettbewerbsnachteil. Der Investitionsstau ließe sich durch eine Reform der Schuldenbremse auflösen.